



André Schollbach

Zur Person

- geboren am 05. Oktober 1978 in Meißen
- 2007 Erstes Juristisches Staatsexamen
- 2008 Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 2007 bis 2009 Rechtsreferendariat am Landgericht Dresden
- 2009 Zweites Juristisches Staatsexamen
- seit 2010 Rechtsanwalt

Zum politischen Werdegang

- 1995 Eintritt in die PDS
- seit 1999 Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
- seit 2007 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
- 2012 Mitinitiator des „Bürgerbegehrens für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser“; am 29. Januar 2012 stimmten bei dem Bürgerentscheid über 84 Prozent für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser
- 2013 Mitinitiator des „Bürgerbegehrens für kommunale Wohnungen“, in dessen Folge die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft für den sozialen Wohnungsbau beschlossen wurde
- 2014 Bildung einer Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten im Dresdner Stadtrat

- seit 2014 Mitglied des Sächsischen Landtags, dort u. a. Obmann im Verfassungs- und Rechtsausschuss, Mitglied im Innenausschuss, Mitglied im 1. Untersuchungsausschuss („Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“)

Zur Kandidatur

Liebe Genossinnen und Genossen,

die gesellschaftliche Lage im Freistaat Sachsen ist ernst. Wir erleben einen gefährlichen Rechtsruck mit erheblichen negativen Folgen für unser Land. In dieser Situation hat DIE LINKE als zweitstärkste politische Kraft im Sächsischen Landtag eine erhebliche Verantwortung. Denn wir sind es, die konsequent für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und vor allem für mehr Menschlichkeit eintreten. Es ist unser Anspruch, das gesellschaftliche Klima positiv zu beeinflussen und unsere Verpflichtung, dem Rechtsruck wirksam entgegenzutreten.

Als Rechtsanwalt sehe ich mit großer Sorge, wie in jenen Ländern, in denen die politische Rechte an Einfluss gewinnt oder gar in der Regierung vertreten ist, zivilisatorische Errungenschaften zielgerichtet geschliffen werden. Man denke nur an den inakzeptablen Umgang der polnischen Regierung mit dem Obersten Gericht, dessen Richterinnen und Richter zwangspensioniert wurden, um anschließend nach eigenem Gutdünken personelle Veränderungen vornehmen zu können. Auch im Freistaat Sachsen sind im Bereich der Justiz problematische Tendenzen festzustellen. Im Kampf um die Stimmen des Stammtisches werden per „Rundverfügung“ mit einem Federstrich drastische Verschärfungen im Strafrecht durchgesetzt. Die CDU legt derzeit auf verschiedenen Ebenen Hand an wichtige Verfahrensvorschriften. Hierbei geht es jeweils ersichtlich nicht um Recht und Gerechtigkeit, sondern um gleichermaßen billige wie gefährliche Stimmungsmache in Zeiten des Wahlkampfes. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden. Dazu möchte ich fachlich und politisch als Abgeordneter im Sächsischen Landtag beitragen.

Dafür bitte ich Euch herzlich um Euer Vertrauen.